

# Saale-Zeitung.

Anzeigen

werben die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. für die Saale-Zeitung mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von untern Annahmestellen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekanntes die Seite 75 Pfg. Erscheinung wöchentlich fünfmal; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

**Bezugspreis**  
Für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im ausländischen Zeitungsbereich unter Nr. 6558 eingetragen.  
Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.  
Erscheinensort: 10%, bis 12%, Halle.  
(Verleger: Max Scharre, Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Nr. 309.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 5. Juli

1902.

### Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Vierteljahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Zustellern, unentgeltlich angenommen. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen tagesweisen Postanstalten 3,25 Mark, bei unseren Expeditionen 2,50 Mark bei täglich einmaliger, 2,75 Mark bei zweimaliger Zustellung. Der monatliche Abonnementspreis beträgt 1,09 Mark bei der Post, bei der Expedition 0,85 Mark bei einmaliger, 1 Mark bei zweimaliger Zustellung.

Die Expedition.

### Politische Wochenschau.

Die Verlängerung des Dreibundes bildet trotz aller Reden das einzig reale politische Ereignis der letzten Woche. Wenn Graf Bülow seiner Zeit gekauert hätte, daß das Fortbestehen unseres Bündnisses für Deutschland keine absolute Notwendigkeit mehr sei, so hat uns die Aufnahme der Nachricht, der Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich und Italien ist von neuem unterzeichnet worden, deutlich bewiesen, wie sehr unser politisches Empfinden mit der Erklärung des Bündnisses verknüpft ist. Seltener ist eine Maßnahme der Regierung so allgemein sympathisch begrüßt worden, wie diese, obgleich die Erneuerung Lebensverhältnisse irgend welcher Art gar nicht gebracht hat. Nach all den offiziellen Mitteilungen der letzten Zeit war abzuwarten nicht mehr daran zu zweifeln, daß ein Einverständnis der beteiligten Mächte wiederum erzielt werden würde, und doch empfindet man es in Deutschland mit freudiger Gemüthsruhe, daß die Verlängerung des Bundes zur Tatsache geworden ist. Nicht nur Deutschland! Die politischen Zeitungen Frankreichs, soweit sie nicht Sonderinteressen verfolgen, begrüßen die erfolgte Unterzeichnung ebenso wie die öffentliche Meinung Englands, und man darf daraus den Schluss ziehen, daß der Dreibund seinen Zweck, ein Friedensbund für Europa zu sein, vollkommen erfüllt hat, und das Bedürfnis nach Frieden tatsächlich weiter besteht. In der Pariser Deputiertenkammer hat der Minister des Auswärtigen, Delcassé, auf eine Anfrage, ob die Erneuerung des Bündnisses einseitig auf die Beziehungen Italiens zu Frankreich habe, deutlich erklärt, daß die vollkommene Erneuerung Frankreich in keiner Weise bedrohe, da sich Italien niemals zu einer Angriffspolitik gegen Frankreich herbeilassen würde. Damit ist auch von unseren, freisinnigen Nachbarn der offene Charakter des Bundes verneint worden, und dieser Meinung geht uns eine weitere Gedankens für den Ausbau unserer sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben unter dem Schutze des Friedens, wenn auch eines stark bewaffneten und unabhängig wachsenden Friedens. Gemüthsruhe um dem Bündnisverträge das aller Welt sichtbare Siegel aufzudrücken, fundiert Italiens König seinen Besuch in Deutschlands Hauptstadt an, nachdem er vorher mit dem Zaren zusammengetreten ist. Diese Kur-Aufeinanderfolge im Zusammenhange Viktor Emanuels mit Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus ist nicht ohne Bedeutung.

Eines unangenehmen Geistes würde für unsere wirtschaftlichen Verhältnisse der neuerliche Mißschick des Dreibundes erhalten, wenn die Wiener Meldung sich bewahrheitete, daß Italien vor der Unterzeichnung Geheiß über das Schicksal der Handelsverträge von Deutschland und Österreich verlangt hätte, diese Geheiß ihm aber vom Grafen Bülow nur bedingungsweise zugestanden worden sei. Die deutsche Regierung soll sich dabei nur wieder auf den unumgänglichen Standpunkt gestellt haben, daß äußere und innere Politik sich im weitestgehenden Maße verbinden, daß es also wohl angängig, im Falle eines Angriffs Hilfe von Bundesgenossen zu verlangen, wenn man etwa durch einen Zollkrieg vorher das Ziel über die Ohren gezogen hat. Solch ein Standpunkt wird unter den heutigen Verhältnissen, wo Handel und Verkehr die bedeutendsten Stellen im Leben der Staaten spielen, wo auf laudend verschiedenen Wegen der Güterausgleich der Nationen stattfindet, wo das mächtige Ansuchen der Handelsknoten den untrüglichen Beweis für die Ausdehnung des Handels und damit für die Notwendigkeit eines auch wirtschaftlich guten Verhältnisses der Völker untereinander liefert, auf das entscheidende beschränkt werden. Der Spruch: „hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt.“ ist, will man ihn zweifelhafteig anwenden, der reine Ausdruck der tatsächlichen komplizierten und sich immer weiter ausdehnenden Beziehungen im Weltverkehr. Und darum wäre die Annahme des Zollkriegs unter allen Umständen von den verderblichsten Folgen. Sie müßte, wie etwa ein Stoß in den Ameisenhaufen, eine ungeheure Verwirrung hervorruhen, und zweifellos würden vielfach die unter großen Mühen für den Handel geknüpften Fäden schonungslos auseinander gerissen werden. Auch Italien hat gleich Deutschland und Österreich die Unmöglichkeit eines treuen, politischen Zusammenhaltens zwischen wirtschaftlich feindlichen Staaten in neuester Zeit energig betont, und es ist daher anzunehmen, daß sich obige Wiener Meldung, wonach Graf Bülow den Weg auf die Handelsverträge nicht bestimmtes zugesagt, Italien aber trotz dem Rückzug angetreten hätte, nicht befragt.

Die gegenwärtig guten Beziehungen im politischen Leben der Völker werden, was Frankreich und Deutschland angeht, wohl kaum eine Trübung erfahren durch die beabsichtigten Ausführungen des Generalobersten v. Los über die Heere beider Länder, zumal offiziell recht vernehmlich abgelehnt worden ist. Es ist hierbei der Scharf mit dem greifen General durchgegangen, und man wird ihm dies bei verständigen Leuten — und das wollen doch auch unsere westlichen Nachbarn sein — um so weniger übel nehmen, als ja die Scharfen zu allen Zeiten viel großer Beliebtheit erfreuten und noch erfreuen. Daß das viele Reden nicht immer von Nutzen ist, beweist auch der Fall des Berner Professors Vetter. Wir haben uns in dieser Angelegenheit von vornherein auf die Seite des ehelichen Schweizer Professors gestellt und stehen auch heute noch bei ihm. Es ist wahrlich kein Zeichen von innerer Kraft und Ueberzeugungsstärke, wenn die „freien Schweizer“ den Passus in der bekannten Nürnberger Rede: „Die Schweiz ist eine geistliche Provinz Deutschlands“, nicht vertragen können. Die deutsche sprechende Schweiz kann stolz darauf sein, als ein Teil des großen Ganzen deutscher Kultur angesehen zu werden, und der Ausdruck „geistliche Provinz“ ist durchaus richtig gewählt. Niemand wird den Schweizern ihre nationale Eigenart abprechen wollen, aber das Verhängnis, als etwas von deutscher Kultur Unabhängiges darzustellen zu wollen, muß entschieden zurückgewiesen werden. Ist einer ihrer größten Dichter, Gottfried Keller, in seinem Empfinden nicht etwa undeutsch? Es ist in hohem Grade bedauerlich, daß seine Landeskunde sich nicht bemühen, ihm nachzuweisen, sich vielmehr in antideutschen Gefühlen ergehen. Die ganze Erziehung beweist das eine, daß die Herren Schweizer nicht viel Sympathien für uns übrig haben. Wenn die Rede in Frankreich gehalten wäre, hätte sie eine solche Aufregung sicher nicht hervorgerufen. Wir haben es aber glücklicherweise nicht nötig, den Schweizern in irgend einer Hinsicht nachzulaufen.

Im übrigen scheint auch das Ausland in die offizielle stille Zeit der Politik eingetreten zu sein; die Aufregung in England hat sich gelegt, nachdem das Befinden des Königs Eduard VII. sich stetig bessert. Edward hat sein Prestige durch das thätigste Mitwirken zur Herbeiführung des Friedens in Südafrika entschieden gehoben, und auch sein Verhalten während der schweren Krankheit hat ihm viele Sympathien im Auslande erworben, wodurch manches Kapitel aus vergangenen Tagen ausgelöscht worden ist. Zwischen England und Rußland ist nunmehr auch das Mandschuren-Abkommen ratifiziert worden, und die zur Zeit noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Beibehaltung der fremden militärischen Mitdirektoren an der Chinesischen Nordbahn werden sich, wie allmählich die übrigen Schwierigkeiten in China aller Voraussicht nach auch auf gutlichem Wege beseitigen lassen. Nur „das schöne Spanien“ scheint infolge seiner herkömmlichen Mißwirtschaft nicht zur Ruhe kommen zu können. Der junge König ist offenbar mit Haut und Haaren den finsternen Mächten eines fanatisch-mittelalterlichen Herrschers verfallen. Es heißt, der Eintritt des Ministers Sagasta's Hände umzittern bevor, an dessen Stelle ein Ultimatum an den Tranten solle. Denn aber würde dem Lande der innere Frieden noch nicht bedrohen sein; denn auch dort beginnt sich das Bürgerthum gegen herrschaftliche Bevormundung allmählich aufzuleben. Wäge dem König Alfonso der thätigste Rathgeber erziehen, der ihn und sein Land vor den Erbitterungen konfessioneller Kämpfe behütet!

### Deutsches Reich.

#### Volks- und Personalnachrichten.

\* E. M. Nacht „Hohenzollern“, mit der Kaiserin an Bord, ist gestern mittag nach Travemünde abgegangen, wo sie um 6 1/2 Uhr nachmittags eintraf und auf der Heide feierlich wurde. Der Kaiser, welcher an Bord der „Meteor“ segelt, und Prinz Carl Friedrich, welcher auf der „Diana“ segelt, gedenken sich nach dem Einlaufen der Nacht an Bord der „Hohenzollern“ zu begeben.  
\* Kaiser Wilhelm tabelle nach New York an die Zeidner seiner Nacht „Meteor III“. Da bin von den guten Eigenschaften der Nacht berichtet und begründete die Zeidner. Es ist ihr gelungen, eine Schnellsteige von 60 Seemeilen in der Stunde zu erreichen.  
\* Der ehemalige Präsident des Reichstages, Freiherr von Buel-Verenberg, ist gestern in Baden-Baden gestorben.  
\* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, von Mählberg, ist zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikate Excellenz ernannt worden.

#### Die Zolltarifkommission.

erlebte gestern die Positionen 517 bis 543 einmüthlich. Eine lange Debatte entband über die gemeinsinnig beherrschten Positionen 517 bis 520 (Kleider, Fußwaren und sonstige angehörte Gegenstände aus Gelpinnswaren oder Filzen). In Position 519 (Kleider aus Baumwolle) wurde auf Antrag Müller-Quada der Zoll auf 350 statt 400 M. der Regierungsvorlage festgelegt. Im übrigen blieb es bei den Sätzen der Vorlage. Viel wurde, nach der „Frei. Ztg.“, hin und her geplaudert über Wollen, Korsetts und Modellen, wobei der nationalliberale Abg. Dr. Baasche sich der Scherz machte, die sozialdemokratischen Waidweber in einer Rede für Zollfreiheit für Seidenkleider nachzuweisen. Staatssekretär Graf Posadowsky griff in die Debatte ein mit einer

längeren, insbesondere gegen die Sozialdemokraten gerichteten Rede, in der er u. a. ausführte:

„Glauben Sie denn, daß andere Staaten solche Gemüthsmeinungen sind, daß sie, wenn wir Zollfreiheit einfließen, mit uns überhaupt noch Handelsverträge schließen?“ Ein Franzose habe einmal ironisch gesagt: „Die Götter sind das Schicksal aller Völker!“ in ähnlichem Sinne konnte man von den Handelsverträgen sagen, daß sie das Schicksal aller Völker seien. Götter bilden. Der Zolltarif ist nicht zur Unterzeichnung einzelner Interessengruppen verfaßt, diese Behauptung ist eine Lüge. Der Zolltarif ist keine Arbeit eines einzelnen Meisters, wie des Reichsraths des Innern, er ist z. B. auch vom Reichsfinanzamt sehr eingehend durchgearbeitet worden, es seien Sachverständige gehört worden, und die Grundzüge seien unter Zuzugung der Minister der Einzelstaaten festgelegt worden. Der Zolltarif stelle die opinio publica sämtlicher deutschen Regierungen und das Ergebnis laberlanger Arbeit dar. Wir haben unsere Schuldigkeit getan und waren vor Ueberbahrung des Protektionismus wie vor Zerstückelung des Zolltarifsystems, dessen wir bedürfen, um Deutschlands industrielle Stellung zu wahren.“ Demen, die das Inlandkommen des Zolltarifs hinterzogen wollen, bemerke er, daß die Lage viel ernster sei, als sie sich denken ließen. Die verbündeten Regierungen treiben nicht Kleinigkeit, sondern liegen große Geschicknisse wachen. Diese Warnung werde er nicht wiederholen.

Der Zolltarif für Kleider aus wasserfesten Geweben aller Art wurde nach der Regierungsvorlage angenommen, ebenso der Zoll auf künstliche Blumen sowie auf Regen- und Sommerhüte. Auf Antrag des Nationalliberalen Münch-Gerber wurde in Nummer 527 der von der Regierung für Schuhe, die aus Gelpinnswaren bestehen, die ganz oder theilweise aus Seide hergestellt sind, vorgeschlagene Zoll von 250 M. auf 600 M. erhöht. Es handelt sich um Volkshüte. Der bisherige Zoll betrug nur 70 M. Die Positionen 528 bis 30 (Menschenhaare und daraus hergestellte Erzeugnisse, Perücken usw.) wurden nach der Regierungsvorlage angenommen. Die die Futurölle betreffenden Positionen 533 bis 543 gelangten nach der Regierungsvorlage zur Annahme, welche auch das bisherige System der Erwerbsteuern in Einkäufe umänderte. Die Anträge Dr. Müller-Meinings auf Herabsetzung der Einküfte wurden abgelehnt, obwohl Abg. Dr. Müller-Meinings darauf hinwies, daß es unrichtig sei, den billigen Zoll im Bereich von 2 M. dreimal so hoch zu belassen wie den theuren Zusatz. Nach dem Position 543 (Zollfreiheit für Abfälle von Gelpinnswaren aller Art, Lumpen und alte Reste) bedauerte angenommen wor, wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.

#### Politisches.

\* Die englische Regierung wies die zutreffenden Kolonialbehörden an, den Kaiserlichen Konsul in Colombo, St. Helena, Hamilton (Bermuda) und Bombay diejenigen deutschen Gesandten, welche auf eigene Kosten heimzukehren wünschen, zur Verfügung zu stellen. Die Kaiserlichen Konsuln erhielten den Auftrag, diesen Gesandten thunlichst beihilflich zu sein. Nach den vorliegenden Nachrichten befinden sich in den Gesandtenlagern auf Capion 110, St. Helena 72, Bermuda 25 und in der Umgegend von Bombay, soweit bis jetzt ermittelt, etwa 40 Deutsche. Außerhalb dieser Konsulatsbezirke befanden sich keine deutschen Gesandten.

#### Kirche und Schule.

\* Von den Professoren der Bützburger Universität ist an den Rektor und Senat folgende Adresse gerichtet worden:

Durch die Stellung, welche der haverliche Kultusminister Herr Dr. v. Landmann am 26. Juni c. im Landtag zum Fall Groust eingenommen hat, ist das Ansehen der Universität Würzburg ernstlich gefährdet. Auf die schweren und unbegründeten Vorwürfe des Herrn Ministers konnten Rektor und Senat nur mit der Widerlegung des Amtes antworten. Wir unterzeichnete maßgebende Professoren sprechen hierdurch dem Rektor und der überwiegenden Mehrheit des Senates für die energische Wahrung des Ansehens unserer Universität unseren warmsten Dank und unsere volle Zustimmung aus.

Es folgen die Unterschriften von 23 ordentlichen und 6 außerordentlichen Professoren, so daß mit Einschluß der Senatoren 32 ordentliche Professoren — 3/4 Majorität der maßgebendsten 43 Professoren — gegen das Verhalten des Ministers protestieren. Von den nicht protestierenden acht ordentlichen Professoren gehören fünf der theologischen und drei der philosophischen Fakultät an. Der Senat der Universität hat den ihm von der Studentenschaft angebotenen Fadelzug vorerst konfiskand abgelehnt.

#### Parlamentarisches.

\* Die außerordentliche Tagung des sächsischen Landtages ist gestern nachmittag im Dronalde des königlichen Residenzschlosses zu Dresden durch Königin Georg mit einer Dronalrede eröffnet worden. Als der König mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Johann Georg im Dronalde erschien, brachte der Präsident der ersten Ständekammer, v. Königreich, ein dreimaliges Hoch auf den König aus. Der König bezug den Thron und begrüßte die Versammlung. In seiner Zehnrede sagte er u. a.:

„Wie ich es bereits dem Land und dem Volk gegenüber ausgedrückt habe, ist es mein erster Wille, im Sinne des Verweises die Regierung zu führen und meine Schwöbungen mit vollkommener Hand zu führen und zu erhalten. Mich befiehlt Ihnen nur sein Wille, heute, als wenn wir in keinem Gesetz fortwäre, und auf dem Grund fortbauen, den er gelegt hat.“

Als der König geendet hatte, erklärte Staatsminister von Weich auf Befehl des Königs den Landtag für eröffnet.

\* Die zweite sächsische Kammer nahm gestern in zweifundiger Sitzung den Antrag der Verfassungskommission an, welcher einen Geheißentwurf in Vorklage bringt, für die zweite Kammer an Stelle des indirekten Wahlverfahrens das direkte zu setzen





